



NATO Afghanistan Krieg Bundeswehr



Heldengedenken Söldner
Ausnahmestatus Propaganda
Warlord Tote Kriegsberichterstattung
Drohnen Kriegsverbrechen **Hunger**
Armut Angst **Zerstörung** Explosion
Ultimatum Tote Streubomben **Massaker**
Waffen Vertreibung **Invasion** Gefangene
Folter Waffenhändler **Rüstung** Kombattant
Korruption Profit Prostitution **Rassismus**
Bürgerkrieg Befreiung Verletzungen
Geheimdienste Satellitenbild **Target**
Oberst Klein Gehorsam **Deserteur** Feinde
Vergewaltigungen **Flucht** Geiselnahmen
Nation-Building Vermisste
Protektorat Kolonialismus **Kunduz**

Veranstaltet vom Afghanischen Kommunikations- und Kulturzentrum, antikriegscafe und antimilitaristisch-unterwegs

Die Politik der Gewalt und des Tötens

„Franzosenungeziefer“, „Beweise für Massenvernichtungswaffen“, „hufeisenförmige Angriffspläne“, „Terroristennester... Die Geschichte ist voll mit Kriegsgründen, die sich später als erfundene herausstellten. Der Rückblick offenbart, wie mit patriotischer oder kulturchauvinistischer Kriegspropaganda versucht wird, die Opfer- und Kriegsbereitschaft der Bevölkerung zu mobilisieren und die Vorstellung einer imaginären nationalen oder kulturellen Interessengemeinschaft zu schüren. Rassistische Diskurse bewirken, dass Leben und Leiden der aus der Gemeinschaft hinaus definierten Menschen als nicht so bedeutsam wahrgenommen werden, ihre Entrechtung gerechtfertigt, ihr Tod legitim erscheint. Mit psychologischer Kriegsführung wird das Töten als angemessenes, notwendiges Handwerk legitimiert. So lassen sich Menschen für den Militärdienst mobilisieren und richten ihre Waffen gegen Andere, mit denen sie aufgrund ihrer Klassenlage mehr gemeinsam haben könnten, als mit denen, von denen sie sich in den Krieg schicken lassen.

Mit dieser Veranstaltungsreihe wollen wir Blicke hinter die Kriegspropaganda werfen. Es soll über die Auswirkungen des Krieges in Afghanistan, die aktuellen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse berichtet werden und von den Kämpfen, die die Menschen in Afghanistan gegen die NATO und die afghanische Regierung führen. Am Beispiel des 13-jährigen Kampfeinsatzes in Afghanistan und anlässlich der diesjährigen ‚Abzugspläne‘ wollen wir die deutsche Kriegs- und Außenpolitik analysieren. Dabei sollen auch die Veränderungen in den militärischen Einsatzstrategien beleuchtet werden, mit denen imperiale Interessen durchgesetzt und Zerstörung, Verdrängung und Flucht verursacht werden.



4. September 2014 • 16 Uhr Rathaus Neukölln Kundgebung in Erinnerung an die Toten in Kunduz

Das Massaker in Kunduz ist ein Kriegsverbrechen, das die Bundeswehr zu verantworten hat. Dieses Verbrechen zu benennen und den Opfern ein Gesicht zu geben, sie als Menschen zu erinnern, die Freunde, Angehörige, Ziele und Träume hatten, ist ein wichtiger Schritt gegen die Veralltäglicung der Kriegspolitik. Ein öffentliches Erinnern an das Massaker in Kunduz widerspricht der Propaganda von der geläuterten, reformierten Bundeswehr und ihren humanitären Einsätzen. Das Massaker in Kunduz erinnert an die Erkenntnis aus der Vergangenheit, dass Kriegsverbrechen von ‚ganz normalen Männern‘ begangen werden. Auch für die Gegenwart gilt, dass eine Armee Kriegsverbrechen begeht und auch die aktuellen Einsätze geben Tucholsky Recht: „Soldaten sind Mörder“!

Kunduz ist auch ein Beispiel für Kriegspropaganda: die Zivilisten wurden zu Taliban umdefiniert, das militärische Vorgehen angesichts dieser behaupteten Gefahr legitimiert und in der Öffentlichkeit zunächst als angemessen gerechtfertigt. Die Beschreibungen und Behauptungen hatten sehr wenig mit dem tatsächlichen Geschehen zu tun.

25. September 2014 • 19 Uhr
Jockels, Ratiborstr. 14c
Die deutsche Kriegs- und Außenpolitik
in Afghanistan
Mit Claudia Haydt und Marc Thörner

Nach dem Ende des Kalten Krieges hat eine Militarisierung der deutschen Außenpolitik stattgefunden. Lange bevor es in ähnlicher Deutlichkeit in der Öffentlichkeit verkündet wurde, wurde die Neuausrichtung bereits in militärpolitischen Konzepten formuliert: militärische Einsätze dienen der Durchsetzung ökonomischer und machtpolitischer Interessen, Bundeswehreinätze sind Kampfeinsätze und das Gerede von humanitären Interventionen, Aufbauhilfe und Menschenrechten dient der Legitimation in der hiesigen Öffentlichkeit und der Akzeptanzbeschaffung bei der betroffenen Bevölkerung.

Bald nach dem militärischen Einmarsch der NATO in Afghanistan wurde im Dezember 2001 auf einer Konferenz in Bonn eine Regierung mit Karsai als Präsidenten ernannt, die wenig mit der lokalen Bevölkerung zu tun hatte. Die staatliche Souveränität wurde aufgehoben, die Bevölkerung quasi entmachtet und Afghanistan zu einem Protektorat gemacht. Das ursprünglich von der UN mandatierte ISAF-Kommando wurde schon bald der NATO unterstellt. Deren Einsatzkonzept orientierte sich immer mehr an Aufstandsbekämpfungsstrategien aus Kolonialzeiten.

Während der 13-jährigen Besatzungszeit nahmen die Aktionen gegen die Besatzungsmächte kontinuierlich zu, die Anzahl der Kampfhandlungen stieg und die Truppenkontingente wurden stetig erhöht.

Bald nach Beginn des militärischen Einsatzes wurde ein Programm des IWF zum ‚Aufbau‘ der afghanischen Wirtschaftsstruktur eingeführt - ein Förderprogramm für aus-

ländische Investoren, das Privatisierungen und die Zerstörung lokaler Wirtschaftszweige zur Folge hatte. Internationale Gelder und ‚Entwicklungshilfe‘ wurden überwiegend an ausländische Unternehmen vergeben.

Das Vorgehen in Afghanistan wird in Militär- und Regierungskreisen als Prototyp für einen Stabilisierungseinsatz nach dem Prinzip des Nation Buildings bezeichnet: Nach einem militärischen Einsatz erfolgt die Übernahme der Kontrolle, anschließend ein Wiederaufbau bzw. Umbau des Staates und der Gesellschaft mit neoliberalen Wirtschaftsstrukturen. Im Kontext der zivil-militärischen Zusammenarbeit sollen zivile Akteure und gesellschaftliche Instrumente militärischen Interessen untergeordnet werden. Für den Neuaufbau der lokalen Repressionsorgane werden neben Polizei- und Armeeeinheiten auch lokale Milizen in die Polizei- und Sicherungsaufgaben eingebunden und mit Geld und Waffen versorgt. Die NATO kann so die Zahl eigener Zinksärge reduzieren, während tausende afghanische Polizisten und Soldaten in bewaffneten Auseinandersetzungen sterben. Eine Folge dieser Strategie ist die Militarisierung sozialer Konflikte.

Der Bundeswehreininsatz in Afghanistan wurde mit der Begründung der ‚bedingungslosen Solidarität‘ begonnen und schrittweise ausgeweitet, von anfänglichen Unterstützungsleistungen bis zur Übernahme militärischer Befehlsgewalt in einigen Regionen, neuen Einsatzregeln für die SoldatInnen bis hin zu offensiven Militäroperationen. 2009 ereignete sich das Kriegsverbrechen der Bundeswehr in Kunduz.

Heute dient sich der Feldprediger Gauck an, die Bevölkerung auf zukünftige Militäreinsätze einzustellen.

Claudia Haydt, Mitarbeiterin bei der Informationsstelle Militarisierung und Marc Thörner, Journalist und Autor der Bücher *Afghanistan-Code* und *Ein sanfter Putsch*, werden zu diesen Themen referieren.

23. Oktober 2014 • 19 Uhr
Jockels, Ratiborstr. 14c
14 Jahre Krieg gegen Afghanistan –
Realität des heutigen Afghanistan
Mit Sabour Zamani und Tereschkova Obeid

Terror, Tod und noch immer Taliban. Die Politik des ‚Nation Buildings‘ hat in Afghanistan für einen Großteil der Bevölkerung zu keiner Verbesserung der Lebensbedingungen geführt. Extreme Armut, schlechte Trinkwasserversorgung, hohe Mütter- und Kindersterblichkeit und ein hohes Maß an Gewalt gegen Frauen, Mädchen und Kinder prägen den Alltag. Bewaffnete Gruppen, Warlords, regieren mit Gewalt in ihren Einflussgebieten. Tausende befinden sich auf der Flucht. Das, was unter der NATO-Besatzung und der Regierung Karsai boomt, ist die Opiumindustrie. Für Landbesitzer lohnt sich fast nur noch der Mohnanbau. In Kabul werden teure Wohnviertel gebaut, die gegen hohe Mieten an ausländische MitarbeiterInnen vermietet werden, Shoppingmalls und Amüsierviertel werden errichtet, die nur von Menschen aus dem Ausland, bzw. den wenigen Reichen aufgesucht werden können. Die Lebensbedingungen und politischen Verhältnisse, die verbreitete Korruption und die Besatzungspolitik der NATO führen immer wieder zu Protesten. Die Zusammenarbeit mit der NATO-Besatzungsmacht, bewaffnet oder auch nur als Fahrer oder Dolmetscher, führt zu neuen Konfliktlinien innerhalb der afghanischen Gesellschaft.

Wie weit ist Afghanistan wieder aufgebaut und bewohnbar geworden? Wie sicher ist Afghanistan heute? Wie hat sich die Schulsituation der Mädchen und die Situation der Frauen in der Gesellschaft verändert? Warum flüchten zehntausende aus Afghanistan? Können die über 5 Millionen Flüchtlinge sich Hoffnung machen in ihr „sicheres Land“ zurückzukehren?

Sabour Zamani und Tereschkova Obeid, Leiter bzw. Vorstandsmitglied des Afghanischen Kommunikations- und Kulturzentrums, werden einen 20-minütigen Film zeigen und von der aktuellen Situation in Afghanistan berichten.

